
Vernehmlassungsantwort

Teilrevision Betreuungsgutscheine: Zusatzleistungen der Stadt Bern

Für Rückfragen

Janina Aeberhard, Co-Fraktionschefin GLP/JGLP-Fraktion im Stadtrat Bern
janina.aeberhard@gmx.ch; 078 775 55 62

25. Oktober 2023

Die Stadt Bern setzt Umverteilung vor Vereinbarkeit

Die Grünliberale Partei Stadt Bern unterstützen das System der Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Kinderbetreuung. Ein bedarfsgerechtes und bezahlbares Angebot an Kinderbetreuung stellt die Grundlage für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar und ist damit Grundvoraussetzung für die Erreichung der Chancengerechtigkeit für alle Geschlechter, für eine hohe Arbeitsmarktintegration von Eltern und für die Linderung des Fachkräftemangels. In der Schweiz belastet die familienergänzende Kinderbetreuung das Budget von Familien immer noch massiv.

Die Stadt Bern hat mit der Umstellung auf das kantonale Betreuungsgutscheinsystem entschieden, mit einem allgemeinen Zuschlag als einkommensunabhängige Pauschale die tiefere maximale Gutscheivergünstigung abzufedern. Aufgrund der Ergebnisse des Monitoringberichts von INFRAS, durch die Stadt Bern in Auftrag gegeben, **will der Gemeinderat diese städtischen Zusatzleistungen nun aber anpassen und sie neu einkommensabhängig ausgestalten**. Konkret soll durch die vorgeschlagene Änderung der allgemeine Zuschlag von bisher Fr. 11.00 pro Betreuungstag und Kind neu einkommensabhängig abgestuft werden, von Fr. 11.00 bis max. Fr. 31.00. Dieser Zuschlag wird neu linear bis zu einem massgebenden Einkommen von Fr. 120'000 (vorher bis 160'000) ausgerichtet. Zudem wird der Zuschlag für Kinder unter 12 Monaten auf maximal Fr. 20.00 reduziert (bisher Fr. 50.00).

Die Grünliberalen sehen diese Änderungen kritisch: Indem der allgemeine Zuschlag neu nur noch bis zu einem massgebenden Einkommen von Fr. 120'000 pro Jahr bezahlt wird, wird der Mittelstand stärker belastet. Und der Anreiz, das Arbeitspensum zu erhöhen oder hochprozentig zu arbeiten, wird geschwächt. Bereits ab einem massgebenden Einkommen von Fr. 100'000 wird es künftig teurer. Problematisch ist dies insbesondere auch, weil die definierten Einkommensgrenzen vor Jahren festgelegt wurden, ein Lohn von Fr. 100'000 heute aber etwas ganz anderes ist als zum Beispiel noch vor fünf Jahren. Dabei wird die Teuerung und die aktuelle Einkommensrealität von Familien zu wenig berücksichtigt. Die Stadt Bern muss hier auch auf Seiten Kanton für diese dringend notwendige Anpassung eintreten.

Die Reduktion des Zuschlags für Kinder unter 12 Monaten sendet auf den ersten Blick ebenfalls ein falsches Signal. Da sich die Tarife für Kinder unter 12 Monaten jedoch entgegen den Prognosen weniger stark nach oben entwickelt haben (Annahme 2020: Fr. 177.00 pro Tag; durchschnittlich aktuell Fr. 155.00 pro Tag) und dies eine Überfinanzierung durch die Stadt zur Folge hat, erachten die Grünliberalen Stadt Bern diese Änderung als tragbar. Hier bleibt der Grenzwert anders als beim allgemeinen Zuschlag weiterhin bei einem massgebenden Einkommen von Fr. 160'000, was zu begrüssen ist.

Dass tiefe Einkommen entlastet werden sollen, ist grundsätzlich zu befürworten. Die Umverteilung des allgemeinen Zuschlags darf nach Ansicht der Grünliberalen jedoch nicht zu Lasten des Mittelstands geschehen. **Die Stadt Bern setzt mit dieser geplanten Änderung die Umverteilung vor Vereinbarkeit.** Dies steht auch im Widerspruch zur Chancengleichheit für alle Geschlechter und hindert die Bekämpfung des bereits gravierenden Fachkräftemangels.

Die Grünliberale Partei Stadt Bern lehnt deshalb die Änderung zum einkommensabhängigen allgemeinen Zuschlag mit einem Grenzwert bei einem massgebenden Einkommen von Fr. 120'000 ab. Die Reduktion des Zuschlags für Kinder unter 12 Monaten wird als weniger einschneidend betrachtet und findet Zustimmung.